


Ausschreibungsdienst BW

Vergabestellen und Bieter finden beim Ausschreibungsdienst komplette Lösungen für die öffentliche Auftragsvergabe bzw. für die erfolgreiche Ausschreibungsteilnahme.



Wirtschaft

Öffentliche Aufträge

Vergabe: bis zu 20 Prozent der Kosten vermeidbar

Für rund 260 Milliarden Euro vergibt die öffentliche Hand jährlich Aufträge. Bei den Prozessen fallen für die Vergabestellen ebenso wie für bietende Unternehmen erhebliche Kosten an. Eine Studie zeigt jetzt erstmals, wo die größten Aufwendungen entstehen und wo Einsparpotenziale liegen.

Von Wolfgang Leja

STUTTGART. Mitarbeiter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) haben eine Studie zur „Kostenmessung der Prozesse öffentlicher Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge aus Sicht der Wirtschaft“ erstellt. Die Untersuchung soll als Grundlage für die Reform der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) dienen, welche die Ausschreibungs- und die Vergabe der Dienstleistungsaufträgen der öffentlichen Hand regelt. Schwerpunkt ist die Analyse der entstehenden prozessualen und laufenden Kosten bei Ausschreibungen und der Vergabe. Mit den Untersuchungen benennen die Experten die maßgeblichen Kostentreiber. Ziel ist es, so Einsparpotenziale für Unternehmen ebenso wie für öffentliche Auftraggeber zu finden und mögliche Maßnahmen zu entwickeln, um Vergabeverfahren zu vereinfachen.

Öffentliche Vergaben kosten rund 19 Milliarden Euro

Laut den Ergebnissen der Untersuchung fallen bei der Vergabe jährlich prozessuale Kosten in Höhe von insgesamt 19 Milliarden Euro an. Davon entfallen 8,8 Milliarden Euro auf öffentliche Auftraggeber und 10,2 Milliarden Euro auf die Unternehmen. Bei rund 2,4 Millionen Vergaben jährlich, von denen die Experten ausgehen, kostet ein Vergabeverfahren für alle Beteiligten im Durchschnitt 7870 Euro.



Eine Novellierung der Vergaberegeln könnte vielen Unternehmern erheblichen Aufwand ersparen – doch der politische Prozess dafür steckt fest. FOTO: BILDMASCHINE.DE/FOTO-BERGSTEIGER.COM

Größte Kostenblöcke bei Ausschreibung und Vergabe	
Für Unternehmen	Für Vergabestellen
Angebotslegung: 4,4 Mrd. Euro	Vergabeunterlagen erstellen: 1,7 Mrd. Euro
Recherche von Ausschreibungen: 2 Mrd. Euro	Angebote prüfen und werten: 1,5 Mrd. Euro
Auswertung von Vergabeunterlagen: 1,7 Mrd. Euro	Aufforderung zur Angebotsabgabe: 886 Mio. Euro
Prüfung und Sammlung von Eignungsnachweisen: 1 Mrd. Euro (inkl. Kosten für Erstellung der Nachweise)	Verhandlungen durchführen und Eignung prüfen: 1,13 Mrd. Euro

Als größte Kostenblöcke haben sich auf Seiten der Unternehmen die Angebotslegung (4,4 Mrd. Euro), die Recherche von Ausschreibungen (2 Mrd. Euro) und die Auswertung von Vergabeunterlagen (1,7 Mrd. Euro) sowie die Prüfung und

Sammlung von Eignungsnachweisen erwiesen. Auf Seiten der Vergabestellen wurden die größten Aufwendungen für die Erstellung der Vergabeunterlagen (1,7 Mrd. Euro), der Auswahl eines Angebots, das geprüft und bewertet werden muss

(1,5 Mrd. Euro), der Aufforderung der Bieter zur Angebotsabgabe (886 Mio. Euro) sowie der Durchführung von Verhandlungen (659 Mio. Euro) und von Eignungsprüfungen (454 Mio. Euro) ermittelt. Hier vermuten die Experten auch die höchsten Einsparpotenziale.

Einsparungen von rund drei Milliarden Euro möglich

Im Bereich der VOL, Teil A erscheint den Verfassern der Studie eine Kostenreduktion um rund 15 bis 20 Prozent erreichbar. Das sind etwa drei von insgesamt 16,2 Milliarden Euro. Sie schlagen vor, die rechtlichen Grundlagen zu verschlanken und zu vereinheitlichen und die Regelungen zur Verfahrensanwendung gerade bei geringen Auftragswerten zu

verändern. Weitere Ansatzpunkte seien eine Zentralisierung der Bekanntmachung, eine Verschlan- kung der Eignungsprüfung der Unternehmen und eine Reduzierung der Nachweise vor allem im Rahmen von Teilnahmewettbewerben sowie eine Verringerung der Abschlussstatbestände. Außerdem empfehlen die Experten die Vereinheitlichung der Formulare sowie den Ausbau der elektronischen Übermittlung- und Verarbeitungsmöglichkeiten.

MEHR ZUM THEMA
Die Studie kann auf den Seiten des Bundeswirtschaftsministeriums abgerufen werden unter: www.bmwi.de

Höhere Umsätze mit Gütern für den Umweltschutz

STUTTGART. Im Jahr 2006 wurden den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes des Bau- und Dienstleistungsgewerbes in Baden-Württemberg fast 3,66 Milliarden Euro an Umsätzen mit Umweltschutzgütern erzielt. Nach Feststellung des Statistischen Landesamts konnten die Umsätze in diesem Bereich zum Vorjahr beträchtlich gesteigert werden. Bezogen auf den bereits seit mehreren Jahren erfassten Katalog an Umweltschutzgütern sei ein Zuwachs gegenüber 2005 um mehr als 30 Prozent zu verzeichnen.

Die größte Zunahme lag bei den Waren zur Luftreinhaltung, deren Umsatz um mehr als 40 Prozent auf 1,59 Milliarden Euro zugenommen hat. Der weitaus überwiegende Teil entfiel auf den Absatz von Anlagen zur Kfz-Abgasreinigung (1,1 Milliarden Euro), wobei in erster Linie Katalysatoren im Land gefertigt werden. Eine gleichfalls überdurchschnittliche Steigerung, bei allerdings deutlich geringerem Ausgangsniveau, war im Jahr 2006 bei Bauleistungen für den Gewässerschutz zu verzeichnen. (leja)

Bundesminister Tiefensee präsentiert erstes Zertifikat für nachhaltiges Bauen

Ökologische, ökonomische und soziokulturelle Aspekte berücksichtigt - Kriterienkatalog ist umstritten

STUTTGART. Lange gab es bloß die Idee, jetzt hat sie ein Gesicht: Das neue „Deutsche Gütesiegel Nachhaltiges Bauen“ wurde erstmals auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) am 17. Juni in Stuttgart vorgestellt. Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee präsentierte jetzt das zugehörige Logo auf dem Tag der Deutschen Bauindustrie in Berlin. Und am 12. Januar 2009 sollen auf der Messeveranstaltung BAU in München die ersten Siegelträger präsentiert werden.

Siegel bildet die Qualität von Gebäuden ab

Das Gütesiegel bewertet alle Aspekte des nachhaltigen Bauens - ökologische, ökonomische und soziokulturelle. Darüber hinaus fließen Technik, Prozesse und Standortqualität ein. „Damit steht endlich ein deutsches Label zur Verfügung, das die Qualität von Gebäuden umfassend darstellt“, sagt Werner Sobek, Präsident der DGNB: „Das Gütezeichen bietet Investoren, Betrei-

bern und Nutzern gleichermaßen Sicherheit.“ Außerdem könne die deutsche Bau- und Immobilienwirtschaft damit ihre hohe Kompetenz im weltweiten Wachstumsmarkt der so genannten ‚green buildings‘ ausweisen.

Um das nachhaltige Bauen zu forcieren, will die Gesellschaft „besonders umweltfreundliche, gesunde und ressourcensparende“ Gebäude zertifizieren. Mit Büro- und Gewerbegebäuden wollen die Juroren beginnen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat das Zertifizierungssystem mitentwickelt. Doch das Siegel samt Kriterienkatalog ist umstritten. Thomas Schmitz-Günther, Geschäftsführer von natureplus, einer Organisation, die seit 2001 eine nachhaltige Entwicklung im Bau- sektor zum Ziel hat, bemängelt: „Die Vielzahl an Bewertungskriterien kann auch den Blick auf das Wesentliche verstellen. Man könnte ein Gebäude komplett aus PVC errichten und es dennoch als nachhaltig bezeichnen, weil das PVC aus

Recycling stammt und außerdem noch soziale oder technische Argumente dafür sprechen. So spielen für die DGNB im ganzen Gebäude die Umwelt- und Gesundheitsaspekte des einzelnen Baustoffs kaum noch eine Rolle.“

Manfred Krines, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft kon-

trolliert deklarierte Rohstoffe (ARGE kDR) und Mitwirkender beim Normungsgremium „Emissionen aus Bauprodukten in Innenräumen“ wird noch deutlicher: „Die DGNB drückt sich um Kriterienliste, nach der bestimmte Bauinhaltsstoffe ausgeschlossen sind.“

Gesundheitsgefährdende Baumaterialien unberücksichtigt

Ein in der Öffentlichkeit diskutiertes Beispiel mag dies verdeutlichen: technisch erzeugte Nanopartikel. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland hat dazu eine eindeutige Position formuliert: „In einer Nano-Größe kann selbst kristalliner Quarz, aus dem Kieselsteine bestehen, unter Umständen krebserzeugend sein.“ Solange die DGNB nicht auch Baumaterialien und die Gesundheitsgefährdung durch sie bewertet, läuft sie Gefahr, nicht ernst genommen zu werden, befürchten Kritiker. Das Siegel sei dann lediglich eine Marketingnummer. (pilz)



Das neue Gütesiegel soll alle Aspekte des nachhaltigen Bauens berücksichtigen.

Kurz notiert

Umstrukturierungen im Bosch-Konzern

STUTTGART. Stühlerücken bei Bosch: Gert van Iperen wurde zum neuen Chef des Bosch-Geschäftsbereichs Sicherheitssysteme ernannt. Der 51-Jährige folgt auf Uwe Glock, der als Vorsitzender der Geschäftsführung in die Sparte Thermotechnik wechselt. Glock wiederum wird Nachfolger von Joachim Berner, der in den Ruhestand geht. (lsw)

Kooperationsbörse hilft, Geschäftspartner zu finden

STUTTGART. Für Unternehmen der Branchen Werkzeugmaschinen und Präzisionswerkzeuge findet vom 9. bis 13. September in der Neuen Messe Stuttgart die Internationale Ausstellung für Metallbearbeitung (AMB 2008) statt. Mit im Programm: Die Kooperationsbörse „b2fair“, auf der Interessierte am 11. und 12. September Geschäftspartner in neuen Märkten finden können. (red)

Börse Stuttgart: Verbriefte Derivate legen deutlich zu

STUTTGART. Die Börse Stuttgart hat im Juni mit einem Gesamtumsatz von 13,2 Milliarden Euro gegenüber dem Vormonat ein Plus von knapp 13 Prozent verzeichnet. Der Handel in verbrieften Derivaten legte erstmals wieder seit Februar auf 8,5 Milliarden Euro um rund 18 Prozent gegenüber dem Vormonat zu. (red)

Industrie im Südwesten erhält weniger Aufträge

STUTTGART. Die Bestelleingänge der Industrie in Baden-Württemberg erhielten im Mai einen kräftigen Dämpfer. Nach Feststellung des Statistischen Landesamtes verfehlten die Auftragseingänge im Mai 2008 das Vorjahresergebnis um sieben Prozent. Hierbei war bei der Auslandsnachfrage ein Rückgang um sechs Prozent zu verbuchen. Mit acht Prozent fiel das Auftragsminus aus dem Inland noch deutlicher aus. (red)



Industriebetriebe spüren derzeit die abflachende Konjunktur. FOTO: DPA

Porsche-Absatz in Nordamerika bricht ein

STUTTGART. Der Sportwagenbauer Porsche hat im Juni in Nordamerika erneut einen deutlichen Absatzeinbruch verzeichnet. In den USA und Kanada seien im vergangenen Monat 2810 Autos verkauft, 19 Prozent weniger als ein Jahr zuvor, teilte das Unternehmen in Stuttgart mit. (lsw)

Gewerbeobjekte auf der ExpoReal in München

VILLINGEN-SCWENNINGEN. Die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg will sich auf der Gewerbe-Immobilienmesse ExpoReal in München präsentieren, um Unternehmen und Fachkräfte zu gewinnen. (red)